

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei beständigem Postbezugs monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Briefmarken für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen die achtgepalt. Nonparillbreite od. deren Raum einnehmen. Tarifordnung: 3.20 M. das festgesetzte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pf., Familien- und Organisationsanzeigen die achtgepaltene Nonparillbreite 2.40 M., das festgesetzte Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Interate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9708

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hilfe für Mitteleuropa.

Neue englische Kredite.

London, 12. Februar.

Unterhaud. Chamberlain erklärte mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Hilfeleistung für Mitteleuropa sei die britische Regierung bereit, neben den bereits bewilligten 12½ Millionen Pfund Sterling einen weiteren Beitrag beizusteuern, der nicht mehr als die Hälfte der von den Vereinigten Staaten beigesteuerten Summe ausmache und zehn Millionen Pfund nicht übersteige. Er vertraue darauf, daß die anderen alliierten und neutralen Regierungen zustimmen werden, um der verzwweifeltsten Notlage Mitteleuropas abzuhelfen. Die bewilligten Mittel würden hauptsächlich verwendet werden, die Gütererzeugung und den Güteraustausch zwischen den verschiedenen europäischen Staaten zu beleben, um sie in den Stand zu setzen, sich selbst am Leben zu erhalten.

England für eine internationale Finanzkonferenz.

M.N. London, 12. Februar.

Der britische Schatzkanzler Chamberlain hat nunmehr zu der Frage der in der bekannten Denkschrift angetragenen Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz Stellung genommen. Er erklärte, daß er grundsätzlich bereit sei, diese Konferenz stattfinden zu lassen, wenn er die Sicherheit erhalte, daß es sich um eine wirkliche die Finanzinteressen der einzelnen Länder vertretende Konferenz handeln werde. Seine Bedingungen seien, daß die Konferenz keine neuen Anleihen oder Vorstöße an andere Regierungen geben solle und daß Großbritannien sich nicht an einem internationalen Kreditplan zu beteiligen brauche, der die britischen Schulden in den Vereinigten Staaten erhöhen würde. Die britische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die in der bekannten Denkschrift gezeichnete Lage keineswegs ein übertriebenes Bild der außerordentlich hohen wirtschaftlichen und sozialen Gefahren gebe. Sie sei fest davon überzeugt, daß die Frage sofort gelöst werden müsse. Eine sehr wichtige Regelung sei, zu veranlassen, daß die jährlichen Beiträge, die Deutschland und Oesterreich zu zahlen hätten, innerhalb solcher Grenzen gehalten würden, daß die Länder ihre Zahlungsfähigkeit behalten könnten. Auch in dieser Beziehung erkenne er den Standpunkt der Denkschrift an. Die größte Schwierigkeit bestehe nur darin, daß es noch immer nicht feststehe, ob Amerika sich an der Konferenz beteiligen werde. In der Versammlung mit den Unterzeichnern der Denkschrift wurde besonders betont, daß die geplante Finanzkonferenz einen wesentlichen Einfluß auf die betroffenen Länder haben und sie daranlassen würde, ihre internationalen Finanzangelegenheiten besser zu ordnen. Wenn sie ihre Rollen selbst stabilisieren könnten, kämen sie auch in die Lage, Kredite zu eröffnen und zwar in einer Weise, daß die von anderen Ländern benötigte Unterstützung sehr erheblich herabgesetzt werden könnte. Die britische Regierung sei bereit, für eine solche Konferenz sofort ihre Vertreter zu ernennen, wenn sie von einer neutralen Macht oder vom Völkerbunde dazu aufgefordert werde.

Veröhnliche Stimmen in England.

London, 12. Februar. (Meuter.)

Bei der Debatte im Unterhause über den liberalen Abänderungsantrag zur Antwortadresse, in dem die Unmöglichkeit der Ausführung verschiedener Bestimmungen des Friedensvertrages hervorgehoben wird, erklärte Maclean, die Bedingungen des Vertrages müßten dem gegenwärtigen Zustand der Weltangelegenheiten angepaßt werden. Für die von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachungen sollte eine endgültige Summe festgesetzt werden. Die Länge der Liste der Kriegsverbrecher mache das ganze Verfahren praktisch unbrauchbar. Wenn das Verfahren in ordentlicher Weise durchgeführt werden sollte, so würden langwierige internationale Gerichtsprozesse die Folge sein.

Ungarn und der Friede.

Paris, 13. Februar.

Die ungarische Delegation überreichte Donnerstag Nachmittag dem Sekretariat der Friedenskonferenz eine lange Note mit den Forderungen Ungarns zu den Friedensbedingungen der Alliierten. Diese Note wird begleitet von einer Reihe von Dokumenten, deren Hervorhebung sich die Delegation innerhalb

einer Frist von 14 Tagen vorbehalten. Die Note bezieht auf die Notwendigkeit der Erhaltung des geschichtlichen Ungarns, verlangt Volkstimmungen für die umstrittenen Gebiete und schlägt die Sicherung des Schutzes der Minderheiten in Siebenbürgen vor. Die ungarische Delegation scheint also die von der Friedenskonferenz getragenen territorialen Ansprüche nicht in Betracht zu ziehen.

Die Dänen in Nordschleswig.

Besetzung der ersten Zone im April.

T.U. Flensburg, 12. Februar.

Durch den Friedensvertrag, Paragraph 109, Absatz 3, ist die dänische Regierung nach Verhandlung mit der internationalen Kommission ermächtigt, sofort nach einer für Dänemark günstigen Abstimmung die erste Zone zu besetzen. Die Besetzung wird jedoch nach einer Verständigung zwischen der internationalen Kommission und Dänemark erst im April erfolgen. Nach einer anderen Meldung haben jedoch bereits dänische Beamte aus Kopenhagen die Grenze überschritten.

Die Landwirtschaft und die Arbeitsgemeinschaften.

Auch die Landwirte, die großen wie die kleinen, die bei allen Lohnbewegungen in der Landwirtschaft in den letzten Monaten den Arbeitern stets mit rücksichtsloser Brutalität entgegengetreten sind, fangen an, sich mit dem neuesten Mittel zur Bändigung der Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaften, zu befassen. Auch sie finden, daß sie sich bei freundschaftlichem Zusammenarbeiten mit Gewerkschaftsbureauführern besser stehen als im Kampfe mit Arbeitern. Zunächst haben sich die politischen Organisationen der Agrarier, der Bund der Landwirte, die christlichen Bauernvereine und der Deutsche Bauernbund, zusammen getan. Und um nun die Durchführung der Beschlüsse dieser agrarischen Einheitsorganisation zu sichern, haben die Verbände der Landwirte Verbindung mit den großen Arbeiterorganisationen gesucht und gefunden. In einer gemeinsamen Sitzung in den letzten Tagen haben Vertreter der christlichen Gewerkschaften und des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes teilgenommen.

So bildet sich auch in der Landwirtschaft jene Ueberorganisation, die den Bewegungen der Gewerkschaften ihre Diktation gibt, dem Einfluß der organisierten Arbeiter aber vollkommen entzogen ist. Wir sehen der weiteren Entwicklung dieses Gebildes mit Spannung entgegen. Sie kann zu den interessantesten Situationen führen, wenn die Landwirte nach dem Beispiel einiger Industriellengruppen den Versuch machen, die Arbeitsgemeinschaften als Mittel zu benutzen, um die Preise der Produkte zu erhöhen oder gar die Zwangswirtschaft zu beseitigen. Eben erst hat Minister Schmidt in Bremen eine Rede gehalten, in der er sich mit großer Schärfe gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft ausgesprochen hat. Während heute, führte er aus, eine Familie für rationierte Lebensmittel etwa 64 Mark pro Woche zahlen müsse, würde der Betrag sich durch Einführung der Weltmarktpreise auf 320 Mark erhöhen.

Es trifft sich gut, daß am nächsten Montag der Kongress der Landarbeiter beginnt. Er wird sich mit der Neugründung und mit den Konsequenzen beschäftigen müssen, die sich für den Landarbeiterverband und für die gesamte Bevölkerung daraus ergeben können, wenn die Landarbeitervertreter in der neuen Arbeitsgemeinschaft den Forderungen der Unternehmer gegenüber ebenso schwächlich nachgeben, wie die Gewerkschafter in manchen Arbeitsgemeinschaften der Industrie. Gerade in diesem Augenblick wird gemeldet, daß wegen eines Landarbeiterstreiks im Kreise Ruhig der Ausnahmezustand über den Kreis verhängt worden ist. Ob auch das zur Förderung der Arbeitsgemeinschaft dienen soll?

Einberufung der Nationalversammlung. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt, beabsichtigt Präsident Fejervad, die Nationalversammlung zum 24. Februar einzuberufen. Sollte es dahin das Material zu der Auslieferungstrage nicht so vollständig vorliegen, daß es zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden kann, so wird die Nationalversammlung in der Entscheidung der künftigen Vorlagen verzögert.

Der Räte-Wahlkampf.

W. K. Nur kurze Zeit trennt uns von dem Termin, an dem zum erstenmal das deutsche Proletariat seine Vertreter für die Betriebsräte zu wählen haben wird. Man muß damit rechnen, daß die Wahlen Mitte März stattfinden werden, und es ist Zeit, an die Vorbereitungen zu gehen.

Die deutsche Arbeiterkchaft hat einen langen, zähen Kampf gegen die ganz unzulängliche Form führen müssen, die die Regierung dem Betriebsrätegesetz gegeben hat. Unerschrocken hat sie die Betriebsräte zu wählen haben wird. Man muß damit rechnen, daß die Wahlen Mitte März stattfinden werden, und es ist Zeit, an die Vorbereitungen zu gehen.

Dennoch das Betriebsrätegesetz ist eine Kampfgelegenheit von größter Bedeutung. Keiner darf sich einbilden, daß mit diesem Gesetz und seiner gewalttätigen Durchsetzung das Ringen um den Rätegedanken, der Kampf um revolutionäre Betriebsräte erledigt oder auch nur abgeebbt sei. Das Ringen um die Beherrschung der Produktion, um die Durchsetzung des Sozialismus wird fortgesetzt, so schwer und so zähe auch die Kampfführung ist. Die Kontrolle über die Produktion, über den Verkehr und die Verteilung muß den schaffenden Menschen werden.

Die Parole unserer Partei war die selbständige Wahl revolutionärer Betriebsräte und deren systematische Zusammenfassung. Seit dem Märzparteiabend und insbesondere seit dem zweiten Rätekongress ist die Schaffung eigener leitender Betriebsräte und ihrer organischen Zusammenfassung ein Hauptteil unserer Agitation; die damit von den stärksten Erfolgen, die je einer Partei zugefallen sind, begleitet war. Immer größere Arbeitermassen wurden für den Rätegedanken gewonnen, immer größere Scharen wurden sich über den politisch unabweisenden Charakter des sozialistischen Räteystems klar. Hunderttausende und Millionen wurden von der revolutionären Räteidee begeistert, weil sie durch sie den praktischen Weg zur Erreichung des Sozialismus vor sich sahen.

Diese aufrüttelnde Propaganda für ein eigenes revolutionäres Räteystem, für die selbständige Wahl sozialistischer Betriebsräte war ein verheißungsvoller Vorstoß gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem. Durch diesen Angriff gegen die kapitalistische Wirtschaftsführung, durch die Aufriechung eines eigenen Systems für sozialistische Wirtschaftsführung wurde die Klarheit in den Köpfen des Proletariats mächtig vorangetrieben. Alle verworrenen Zwischenbegriffe, die einen angeblichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bedeuten sollten, oder die gar den Kapitalismus durch Beseitigung seiner Auswüchse den Arbeitern und Angestellten schmackhaft machen sollten, sind aus den politischen Auseinandersetzungen verbannt. Betriebsdemokratie, konstitutionelle Fabrik, Gewinnbeteiligung, Arbeiterkapitalismus, Gemeinwirtschaft, und wie alle diese schwammigen Mittelbegriffe klingen, von ihnen ist ernsthaft nicht mehr die Rede. Daß die revolutionären Empfindungen nicht in diesen verwirrenden Experimenten versumpft sind, verdankt das Proletariat der Vorbereitung für das sozialistische Räteystem. Jetzt herrscht Klarheit: Dort Aufbau des Kapitalismus durch die bürgerliche Demokratie — hier sozialistischer Aufbau auf dem Boden des Räteystems.

Aber so erfolgreich die Aufklärungsarbeit für die Räteidee war, so ist es uns doch nicht gelungen, die Arbeitermassen zu der revolutionären Tatkraft zu begeistern, die uns einige Schritte vorwärts hätte führen können. Der Ruf nach der Wahl eigener revolutionärer Betriebsräte ist von den Arbeitern und Angestellten nur in wenigen Bezirken Deutschlands tatsächlich durchgeführt worden. So sehr die Bewegung geistig vorankam, so sehr es doch in dem größten Teil Deutschlands dem Proletariat noch an der Tatkraft, um gegen die Unternehmer auch ohne Gesetz sich selbständige Betriebsräte zu wählen. Die Bedeutung dieser Aktion wurde infolge der verwirrenden Tätigkeit der Rechtssozialisten und eines großen Teils der Gewerkschaftsbureauführer von den Arbeitermassen nicht voll erkannt.

Nachdem die Massen der Betriebsräteparade nicht in dem notwendigen Umfang folgten, stehen wir jetzt vor der harten Tatsache, daß es dem Kapitalismus gelungen ist, mit Hilfe seiner Trabanten gesellschaftliche Betriebsvertretungen in seinem Sinne zu schaffen. Das sogenannte Betriebsrätegesetz bringt an kapitalistischer Sozialreform so viel, als man für notwendig hielt, um indifferente oder politisch verirrte Massen zu befriedigen. Das Gesetz bringt aber auch wiederum nur soviel an kapitalistischer Sozialreform, wie der Kapitalismus im Zurückweichen vor unserer Rätepropaganda glauben zu können, ohne sich selbst zu schaden, oder besser noch: man entnahm der Rätebewegung das, was man zur Stärkung des Kapitalismus glauben ausnutzen zu können.

Nur die Schwächung des Proletariats durch die bürgerliche Demokratie und die rechtssozialistische Demagogie hat das jetzige Betriebsrätegesetz möglich gemacht. Wir hatten nicht die Macht, außerhalb des Gesetzes unsere Betriebsräte durchzusetzen; so sind wir jetzt gezwungen, sie auf dem Boden des Gesetzes und über das Gesetz hinaus zu erkämpfen. Das Gesetz ist mit dem 11. Februar in Kraft getreten. Innerhalb der darauffolgenden sechs Wochen müssen die Wahlen zu den Betriebsräten eingeleitet sein. Jetzt gilt es, auch auf diese Kampfmethoden dem Kapitalismus und seinen Helfershelfern entgegenzutreten und mit aller Kraft entgegenzutreten. Die Begeisterung für die Rätebewegung und die in den bisherigen Kämpfen erungene Klarheit werden uns die Kampfführung unter den wenig veränderten Verhältnissen sehr erleichtern. Die Wahlbewegung ist durch die unersetzten Ereignisse, unter denen das Gesetz zustande gebracht wurde, zu einer politischen Angelegenheit von größter Bedeutung geworden. Es ist die Aufgabe unserer Partei, diesen politischen Kampf zur Aufrüstung und Auffklärung immer zahlreicher Massen in den Betrieben auszunutzen.

Diese Gelegenheit, die politische Werbearbeit auch in den Betrieben, an den Produktionsstätten in dem größten Umfang entfalten zu können, darf nicht unberührt sein. Der viele Wochen dauernde Kampf um die Wahl der Betriebsräte bietet tausendfältige Aufklärungs- und Kampfmöglichkeiten, an die wir sonst kaum heranankommen. Unsere Anschauungen über die Durchführung des Sozialismus stehen bei dieser Agitation mit zur Diskussion. Aufklärung über das verräterische Gesetz und seine Wüter, ist notwendig, dringlicher noch ist es, den Arbeitern und Angestellten zu zeigen, wie der sozialistische Räteaufbau Deutschlands vollzogen werden muß, wenn wir aus dem jetzigen Chaos des Kapitalismus zu besseren, friedlichen Zeiten kommen wollen.

Steuern und Valuta.

Von Dr. Kucynski.

Diese bemerkenswerten Ausführungen sind einem Vortrag entnommen, den der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, über „Öffentliche Finanzen und Valuta“ vor der Vereinigung der letzten Anwaltschaften in Handel und Industrie am 12. Februar gehalten hat.

Unsere Kreditpolitik war erfolgreich, solange die Kriegsanleihen, die alle sechs Monate aufgelöst wurden, annähernd ausreichten, um die Kriegsausgaben für ein halbes Jahr zu decken. Sie versagte und mußte versagen, als mit der Durchführung des Hindenburgprogramms die Ausgaben zunächst auf das Hundertfache und allmählich bis auf das Zweihundertfache stiegen, ohne daß die Erträge der Kriegsanleihen wesentlich zunahmen. Und indem man eigensinnig an der einmal eingeschlagenen Kreditpolitik festhielt, ohne den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, feuerte man sprunghaft dem finanziellen Chaos zu.

Nach der Währungsreform brachte keine Wende zum Besonderen. Im Gegenteil. Hatte man vorher planlos und ohne einen neuen Gedanken zu bewahren, mit einer anfangs geschicklichen, aber später ganz unzulänglichen Kreditpolitik fortgefahren, so verzichtete man nach der Revolution auf jede solche Kreditpolitik und nahm überhaupt keine langfristige Anleihe mehr auf. Da aber der Bedarf des Reichs trotz Einstellung der Fremdfinanzierung im Westen und schließlich auch im Osten kaum zurückging und sogar dauernd größer war als in den ersten Kriegsjahren, nahm der Umlauf an Sachanforderungen in reichendem Maße zu. Heute übersteigt er schon 100 Milliarden.

Unsere Steuerpolitik war von jeher unzulänglich. Daß sie unter dem alten Regime unzulänglich war, brauche ich wohl nicht erst zu beweisen. Es dürfte genügen, an die jeder Berechtigtheit entsprechende Begünstigung der Großgrundbesitzer zu erinnern. Leider ist unsere Steuerpolitik nach der Revolution nicht sachlicher geworden. Gewiß, man muß zugeben, die Begünstigung einzelner Klassen hat aufgehört. Aber die alte, falsche Sentimentalität ist ersetzt durch eine neue, falsche Sentimentalität. Der Vorgang, den wir jetzt immer wieder erleben, ist etwa folgender: Die Regierung macht eine Vorlage, die im Verhältnis zu den Erfordernissen viel zu schwach ist, die aber sehr falsch aussieht und den Eindruck erweckt, als ob die neue Steuer die Besitzenden fürchterlich hart treffe. Danks wird gebittet, rechts wird gejamert. Die Sozialdemokraten setzen womöglich noch eine weitere Steigerung der ohnehin vielleicht schon allzu hohen Höchstsätze durch. Die anderen aber, die das Geschäft weit besser verstehen, unterminieren in enger Zusammenarbeit das ganze Steuergebäude, bis es trotz tollerloser Passade innerlich morsch ist. Die Sozialdemokraten verkünden dann, es werde bald keine Millionen mehr im Deutschland geben. Die anderen sind klüger: sie haben gelernt — zu klagen ohne zu leiden.

Die Wirkung unserer Steuerpolitik ist: Unsere Bevölkerung glaubt sich viel stärker belastet als wie es tatsächlich ist, und die Steuerminderungen werden nicht entfernt dem öffentlichen Bedarf gerecht. Nach meiner Schätzung werden die gesamten Steuern im Reich, Ländern und Gemeinden im Rechnungsjahr 1919 nur wenig mehr als 200 Mark auf den Kopf der Bevölkerung betragen; gegenüber rund 600 Mark in England. Von wofür? gesamt Reichsbedarf von 88 Milliarden wird in diesem Rechnungsjahr nicht mehr als ein Achtel durch Steuern gedeckt werden. Und da auch für die Deckung im nächsten Rechnungsjahr in ganz ungenügender Weise gesorgt ist, müssen unsere Reichsschulden immer weiter anwachsen. Infolgedessen haben unsere Reichsanleihen im Ausland eigentlich überhaupt keinen Kurs mehr. Ein Schuldiger kann für 45 Franken 1000 Mark Kriegsanleihe haben, wenn er will. Wer er will nicht. Ein New Yorker Reporter könnte von seinem Wochenverdienst circa 10 000 Mark Kriegsanleihe kaufen, aber er tut es nicht, es zu tun. Denn mit den 500 Mark Jahreszinsen könnte er heute vielleicht noch keine Münze für eine Woge geben. Aber in drei Monaten? Unsere Banknoten sind nun auch Reichsschulden. Daher ihre niedrige Bewertung im Ausland.

Alle Mittel, die empfohlen werden, unseren Einfuhrüberschuß zu mindern und unsere Produktion zu heben, können den Erlös unserer Valuta nur verlangsamen. Steigen wird unsere Valuta erst wieder, wenn wir unsere öffentlichen Finanzen sanieren, und wenn wir durch eine große Steuerreform die Inflation beseitigt und die öffentlichen Einnahmen den öffentlichen Ausgaben angepaßt haben.

Tod ein Abgefundenen.

Der Landtag von Oldenburg nahm das Gesetz wegen Abfindung des Großherzogs gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an. Daran geht der Kronprinz in Staatsoberbefehl über, dem Großherzog verbleibe allein das Gutlin Schloß. — Ein Antrag der Unabhängigen, auf Aufhebung des Ausnahmezustandes bei der Reichsregierung hinzuwirken, wurde abgelehnt.

Die Vorbilder unserer heutigen Staatsmänner.

Von Adolf Ged.

Die heutige Sozialistenerfolgung unter der glorreichen Regierung der Triumvirn Hert-Roske-Deine ist die Neuaufgabe sozialistischer Regierungswissenschaft, die vor 30 Jahren an dem Widerstand der auszunehmenden Sozialdemokratie zusammenbrach. Damals hielten die Gewaltmenschen kapitalistischer Herrschaft Bismarck, Puttkamer und Co. Ihre höchste und letzte Weisheit griff zum Belagerungszustand, zur Einferkung und Auswekung der sozialdemokratischen Führer, zur Unterdrückung der Vereine, zum Verbot aller sozialdemokratischen Zeitungen. Es kann das herannahende Geschlecht nicht besser ertragen werden zum Kampfe gegen das empörende Unrecht, das unter der Heuchelei vom „freien Lande“ gezüchtet wird, als wenn ihm die Literatur aus der sozialistengesellschaftlichen Zeit der 80er Jahre zugänglich gemacht wird. Schon aus der Auer'schen Broschüre „Nach 10 Jahren“, die in Nürnberg (Frankische Verlaganstalt) in neuer Auflage 1918 erschienen ist, kann die Bilanz der tollwütigen Gewaltmethode gezogen werden, welche zur Unterdrückung der großen sozialen Kulturbewegung von den Vorbildern der heutigen Reichshaber angewendet worden war. Die Nachhänger haben die Brutalität zum Teil am eigenen Leibe empfunden. Aber ihre Treiben dünkt uns noch schlimmer als das ihrer Lehrmeister.

Damals suchte man noch den Schein zu wahren, als seien Gründe für die gewaltsamen Eingriffe in die verfassungsmäßigen Rechte vorhanden. Da mir beim Durchblättern unserer Vereinsakten gerade einige zum Justizieren geeignete Dokumente unter die Augen kommen, sei einiges zur Belehrung mitgeteilt.

Oldenburg i. B. Am 3. Juni 1899 wurde der Vorstand des dortigen Arbeiterwahlvereins auf das Groß. Bezirksamt geladen zur Entgegennahme der Verfügung, daß der Groß. Badische Landeskommissar Siegel in Freiburg den Verein nach kaum dreijährigem Bestehen am 31. Mai auf Grund des Sozialistengesetzes verboten hat. Zur Begründung wurde angegeben:

„Ein Teil der Mitglieder bekann sich zu den sozialistischen Lehren, solche wurden auch in den Vorstand gewählt. Anhänger der Sozialdemokratie waren bisher im Wahlkomitee zur Reichstagswahl, förderten die Kandidatur Ad. Ged. dessen Zeitung „Volkstimme“ 1897 unterdrückt und von dessen Person durch das Landgericht Freiburg festgestellt ist, daß er der Führer der mindestens 360 Mitglieder zählenden „sozialistischen Partei“ ist und schon wiederholt sog. Kandidat war. Der Oldenburger Verein hat für beide Reichstagswahlen Beiträge (125 und 100 Mark) gegeben, zwei Auktions- und eine Exklamations (Recht) eines Wahlkomitees sind sozialisten-

gesetzlich verboten worden. Bei der Wahl der nichtbürgerlichen Vertretung der Stadt Oldenburg (Gemeinderat und Ausschuß) hat im Frühjahr der Arbeiter-Wahlverein Persönlichkeiten vorgeschlagen, welche sozialdemokratischen Lehren und Tendenzen huldigen, den Druck der Wahlzettel auf seine Kasse übernommen. Es billigten 117 Wähler den diesbezüglichen Vorschlag. Ähnlich war die Kasse des Vereins bei der Gemeinderatswahl beteiligt und wenn, wie allgemein angenommen wird, der von ihm gemachte Vorschlag auf Anhänger der demokratischen und ultramontan-demokratischen Richtung und nicht auf Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Partei gefallen ist, so geschah dies offenbar im Hinblick auf die Ausfalllosigkeit, bei einer durch Ortsbürger vorzunehmenden Wahl, Kandidaten der sozialdemokratischen Partei durchzusetzen.“

In der Vereinsbibliothek fand man Schriften aus der Zeit 1876/78, die später verboten wurden. Dies alles rechtsfertige den Schluß:

„Daß die Bestrebungen des Oldenburger Arbeiterwahlvereins auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind und der Verein deshalb zu verbieten ist.“

Die eingeleitete Beschlusse wurde von der Reichskommission (Hartzsch) am 28. Juni 1899 bestätigt mit der interessanten Begründung:

„Das Hinabsetzen für den Eintritt sozialistisch gesinnter Personen in maßgebenden und Verwaltungskörperschaften sei Reform und nicht Unzulässigkeit. Deshalb dürfte also der Verein nicht verboten werden. Dagegen sind bei der letzten Reichstagswahl zwei Wahlkreise endgültig verboten worden (§ 11 Soz. Ges.) wegen umstürzlerischer, friedensgefährdender Bestrebungen (§ 1 Abs. 2), welche Druckachen durch das vom Arbeiterwahlverein gewählte und mit Geldmitteln unterstützte „Arbeiterwahlkomitee“ herausgegeben wurden. Der Verbotverleßer (Vorstand Theodor Jenker, Oudmeyer) habe nicht geltend machen können, daß diese Tätigkeit des Komitees mißbilligt, geschweige denn öffentlich abgelehnt worden war.“

Einen kostbaren Inhalt zur Belehrung über die Tyrannis in der vorbildlichen Zeit der Gewalttätigkeiten gegen den Sozialismus gewährt auch die Broschüre „Sozialistengesetz und Rechtspflege“ von D. Ruser, Rechtsanwalt in Oldenburg (Karlstr. 1899, Dillinger Verlag). Wir entnehmen ihr das Musterbeispiel einer Zeitungsvorfahrung. Der erwähnte Landeskommissar Siegel in Freiburg verbot die Nr. 90 des von Ad. Ged. in Oldenburg herausgegebenen „Südwestdeutschen Volksblattes“ (Grüß für den verbotenen „Volkstimme“ auf Grund des Sozialistengesetzes. Es gab ihm dazu den Rat ein Inserat „An die Einwohnerschaft Oldenburgs“, das unterzeichnet ist: „Mehrere Quartiergeber“. Die Militärbehörde

Die Anschuldigungen gegen deutsche Heerführer.

Die französische Auslieferungsliste enthält die Namen einer Reihe von deutschen Heerführern, die sich hauptsächlich im Jahre 1914 während des Vormarsches schwerer Vergehen schuldig gemacht haben sollen. Wir heben folgende Fälle hervor: General v. d. Marwitz Kommandeur der 4. Kav.-Div. Soll beim Ausbruch der Feindseligkeiten nach dem Einmarsch in Belgien den Befehl gegeben haben, die Zivilbevölkerung zu töten, zu plündern und die Einwohner zu terrorisieren. Beweis die Verurteilung von Kriegsgefangenen, die am 5. Oktober 1914 vom Kriegsgericht in Paris verurteilt wurden. Ferner wird der General dafür verantwortlich gemacht, daß die Hofjäger-Komp. des Kav.-Korps von Marwitz in drei angelegten Bauernhöfen bei Lobentz (Pas-de-Calais) Mitte Oktober 1914 ausplünderte, halb verbrannte oder verbrannte Zivilisten habe erschossen lassen; schließlich werden ihm als Kommandanten der II. Armee im August 1917/18 Plünderungen und verheerische Maßnahmen gegen die Einwohner von Bouvains, Gaudry Courcourt, Saint-Souplet, Lohal zur Last gelegt.

Der General von Deimling, Kommandeur des 15. A. A. wird beschuldigt, Verbrechen in Raon l'Étape und Charmont (Meuse), systematische Plünderungen, Raubtötungen, Massenmorde, Verletzung der Genfer Konvention vom 24. bis 28. August 1914 begangen zu haben. Im einzelnen wird angeführt die Plünderung des Dorfes Raon l'Étape, die Erschießung eines Greises von 75 Jahren, der aus dem Fenster sah, und eines Soldaten, Vergewaltigung von zahlreichen Frauen, selbst durch Offiziere, Bestechung des Hospitalars, auf dem das rote Kreuz wehte, mit einem Marschmengenbeutel, in Alammont Bestechung des Mörsers und des Gefährlichen. Weiter wird dem General von Deimling vorgeworfen, er habe befohlen, keine Gefangenen zu machen und Städte und Dörfer anzuzünden.

General Eugen Claus, Kommandeur der 8. bayr. Inf.-Brig. und Major Gah, jetzt Oberst des 12. Mannes-Flegels, früher Kommandant in Gerbeville, werden beschuldigt, im August 1914 Brandstiftungen und Plünderungen in Gerbeville veranlaßt zu haben. Der General soll vom Pferde herab Befehle haben Frauen und Kinder töten lassen erschossen werden, diese ganze Aktion muß verschwinden. Während der Plünderung sollen Frauen und Mädchen getötet und zum Teil verewaltigt worden sein. General Claus habe 100 Weiber von dem Orte, wo 15 Zivilisten erschossen wurden, bei Tisch gefessen und habe befohlen, Feuer zu geben, wenn er sein Champagneglas erhebe. Ferner werden dem General Plünderungen und Ermordungen in Franceville, Morilloville und Comolli am 24. August 1914 zur Last gelegt, sodann ähnliche Verbrechen in Benneze, Remenville, Serrainville, Giribiller usw., Hinrichtung von Zivilpersonen in Crévic und Brainsbois.

General von Pleitenberg, Kommandeur des Garde-Korps. Allgemeine Befehle, zu plündern und Städte und Dörfer anzuzünden, August-September 1914 Reims und andere Gegenden des Nordostfrankreich. Als Beweismaterial wird ein Brief angeführt, in dem es heißt, daß erschossen worden wäre, wer sich hätte weigern wollen, die von General von Pleitenberg ausgegangenen Plünderungsbefehle auszuführen, es habe sich aber niemand geweigert. Ferner wird dem General von Pleitenberg auf Grund einer Bemerkung in einem deutschen Notizbuch die Verantwortung für die Ermordung von Frauen und Kindern, die Inhaberschaft von Dörfern, Plünderungen usw. am 25. August 1914 zur Last gelegt (Dörfer bei der Grenze nördlich von Sedan).

Kommandeur Schlegel (am 24. Aug. 1914 im Rathaus von Armentières-Monaco) hatte den Befehl gegeben, daß die Stadt im Falle der Weigerung in Brand gesteckt werden solle. Im 21. Aug. 1914 hätten die Deutschen ohne Anlaß begonnen, mit Gewehren und Maschinengewehren zu schießen, wobei 4 Frauen verletzt (eine, als sie einem deutschen Soldaten zu trinken gab) und drei Männer getötet wurden. Nach einigen

verbot den Besuch mehrerer Wirtschaften, weil dort Sozialdemokraten verkehrten. Es mögen (so fordert das Eingekind) die Arbeiter auf die sozialistischen Quartiergeber ihre militärischen Hüte über das Unrecht dieser Verbote belehren und sie dabei mit der Bescheidenheit und den großen menschenfreundlichen Zielen des Sozialismus durch Vorlesen guter Schriften bekannt machen. Um die schlimmsten Wüter zu unterrichten, lasse man bei ihnen das Bier für die Einquartierung nach Hause holen.

Die Verbotbegründung des Landeskommissars hält es für zweifellos, daß nur populäre geführte Schriften, welche dem gesellschaftlichen Verbot verfallen sind, gemeint sein können.

Herr Ruser macht sich über den Landeskommissar her, welcher dem waffenlosen Deutschland ein trauriges Armeeszenario erschlitter werden kann. Er schließt mit den Worten: „... und die Gesellschaftsordnung, in welcher die feste Basis des gleichen Rechtes für Alle ins Schwanken gebracht wird und politische Gewaltmaßnahmen an die Stelle der freien Anwendung der Gesetze treten, läuft Gefahr, in sich selbst einzusinken und braucht nicht erst von außen „umgestürzt“ zu werden.“

Kunstphilifer.

Im Frühjahr 1919 hat der Architekt Walter Gropius sein Amt als Leiter des Staatlichen Bauhauses in Weimar angetreten. Wir haben sein Programm, das in der künstlerischen Jugend ein begehrtetes Echo fand, seinerzeit hier mitgeteilt (26. April 1919). Gropius versucht, die auf den Akademien veränderte Kunstlehre auf die Grundlage des beherrschten Handwerkes zu stellen. Er verwirft die „Fächer“ der akademischen Kunstlehre, die aus dem Schöpfer einen Spezialisten macht, und alles einstellend auf das letzte Ziel, den Bau, arbeitet er auf die Einheit edler Kunst hin. Es ist klar, daß sich der Erfolg dieser Neuerungen nicht dem heur auf morgen zeigen kann. Es heißt auf einem neuen Boden erst Erfahrungen sammeln und in Häßigkeit und gegenseitigen Vertrauen arbeiten. Aber die Weimarer Bürgerschaft will nicht, daß das ihr verhaßte Bauhaus zu ruhiger Arbeit komme. Philifer und Epheer Weimars sind untröstlich, daß aus der akademischen Akademie ein simples Bauhaus, aus dem Professoren simple Meister, aus den Studenten simple Gesellen wurden, daß die Hochschulen verschwand — kurz, sie sind empört, daß an die Stelle eines „nominalen Kunststudiums“ eine Arbeitstätte getreten ist, und daß einer Einrichtung, die längst sich überlebt, die der Kunst schadet, der Nimbus genommen wird. Und so hat in der Weimarer Bürgerschaft, die glaubt, weil sie so viele Rimeben zu hüten habe, sei sie dem Geiste Gropius besonders nahe, eine recht heftige und gefährliche Bewegung gegen das Bauhaus begonnen. Man verächtlich Lehrer und Schüler bei der Kapitulanz

Verhörungen sei dann die Stadt planmäßig eingekerkert worden.

General von Rolffe, Kommandant der 22. Inf. 122. u. 123. preuß. Inf. Regt. (wohnt im Rathaus von Langson) Massenverhaftungen in Langson (150 bis 160 Personen), Inhaftierung der Stadt, wobei Verwundete und kleine Kinder verbrannt, Erschießung von 21 jungen Buben von 16 bis 18 Jahren, die vorher die Ermordeten hatten begraben müssen. August 1914.

Oberst Wolf, Stappenkomm. 12./III. Stappenkomp. 2. Armee, verbrochene Maßnahmen in Glatz, Verin, Golsan, Gaudy (Korb). Als Beweis wird ein Erlaß des Hofmarschallamts vom 15. Juli 1914 angeführt, wonach alle Arbeiter, Frauen und Kinder von 15 Jahren unter Androhung schwerer Strafen (auch Prügelstrafen für Kinder und Hausgenossen), zur Feldarbeit gezwungen werden.

General Zipp, Kommandant der 13. Brig., Führer des 1. Bataillon (3., 18., 22. bayr. Inf. Regt.) und Major Friedl, Ende April 1917 im 11. bayr. Feldart. Regt. werden beauftragt, vom 20. bis 22. August 1914, die Einschüchterung des Dorfes Dalsheim (Lothringen), die Ermordung von Verwundeten und Zivilpersonen voranzutreiben; Kirche und 48 Häuser angezündet, 6 Einwohner von 15 bis 78 Jahren, darunter der Abbé Galba, ermordet. Zeugnis: Raubmord des Soldaten Ameling.

Quartm. Victor, Chef der Rohwa-Motiv- und Maschinenverteilungsstelle Plünderung von Langson, planmäßige Verhaftungen in Hochöfen, Beschaffung des rollenden Materials und der Maschinen, Ausräumung der Magazine usw.

Die bisher veröffentlichte französische Liste enthält insgesamt 70 Punkte. Außer den oben wiedergegebenen Anschuldigungen werden Anklagen gegen militärische Unterführer erhoben, in der Hauptsache wegen Erschießung von Gefangenen, Plünderungen und Brandstiftung. Auch wegen der Tötung von Geiseln wird in verschiedenen Fällen Anklage erhoben. Über den Kronprinz Rupprecht von Bayern wird noch behauptet, daß er für die planmäßigen Verbrechen, denen sich im August und September 1914 die Wehrmacht der von ihm kommandierten Einheiten im Gebiet der von seiner Armee besetzten Gemeinden schuldig gemacht haben soll, verantwortlich sei. Ganz besonders für das Verbrechen in Deugville, wo der Kronprinz am 22. August 1914 weilte. An diesem Tage seien alle 158 Häuser dieses Dorfes, bewohnt von 450 Menschen, die zur noch unvollständig gebliebenen, von bayerischen Truppen planmäßig geplündert und 16 Wohngebäude abgebrannt worden, der Mitter-Weiler und der Haren-Weiler eingeschlossen worden. Schließlich wird dem Kronprinzen Rupprecht als Kommandeur der Reservearmee im Schwarzen Gebirge die Inhaftierung von Zivilpersonen bei dem Rückzuge im Jahre 1914 zur Last gelegt. Truppen des Prinzen Rupprecht sollen die Stadt mit Hilfe von Petroleummeinnern usw. angezündet haben.

Der Mord an der Studentin Schauer.

Der Abgeordnete Mittelmann hatte in der Nationalversammlung am 21. November u. J. eine Presseerklärung mitgeteilt, wonach die Tochter eines Grundbesitzers aus dem Kreise Saarbrücken von einem französischen Soldaten vergewaltigt und ermordet worden sei, und hatte an die Reichsregierung die Anfrage gestellt, ob sie bereit sei, bei der französischen Regierung auf die Bestrafung des Täters zu dringen. Der Abgeordnete Mittelmann hatte in seiner Antwort mitgeteilt, daß von französischer Seite die Wichtigkeit der Vernehmung bestritten worden sei, daß aber weitere Ermittlungen im Gange seien.

Das Ergebnis der Nachforschungen liegt jetzt vor. Ein Soldat der französischen Besatzungstruppen hat danach das geschilderte Verbrechen tatsächlich begangen und zwar in einer Weise, wie sie glaubhafter nicht gedacht werden kann. Es handelt sich um die Studentin Marie Schauer, Tochter des Fabrikbesizers Schauer von der Straße Delany bei Saarbrücken. Bahn-

schonungsmäßige Bestimmung! Man denke auch: die Schüler haben bei der Wehrmacht (in einer Akademie der Kunst) Spielzeug für arme Kinder gemacht und es in einer Beiratskommission dem Theater geschenkt. — Da die Arbeit von Gropius nicht der Höhe der Künstler zum Opfer fallen darf, haben sich „Arbeitsrat für Kunst“, „Koblenzgruppe“ und „Neue Kunstgesellschaft“ zu einer Sympathiekommission für das Bauhaus zusammenschlossen, die folgenden Wortlaut hat:

„Wenn das Staatliche Bauhaus in Weimar, an welchem Walter Gropius mit seinen Mitarbeitern, unter ihnen Feininger, Itten, Mohr, ein Lehrprogramm in die Tat umzusetzen begonnen hat, wie es aus der gemeinsamen Arbeit der ihrer Pflicht bewußten Künstler unserer Zeit sich entwickelt hat, ist in der Weimarer Bürgerstadt eine feindselige und gefährliche Kampagne in Szene gesetzt worden, die sich gegen eine wertvolle künstlerische Idee wieder einmal der üblichen nationalpolitischen und antisemitischen Mittelchen bedient. Wir lehnen es ab, uns mit Beuten künstlerisch auseinanderzusetzen, die aus Schiller und Goethe eine raffinierte Attraktion ihres Fremden- und Verleumdereins machen und für die alles Neue unbefehene eine Gefahr ist. Sie würden uns doch nicht verstehen. Wir wollen mit dieser Veröffentlichung den Künstlern in Weimar, deren Löhne und reines Wollen wir lieben, unsere herzlichste Sympathie ausdrücken. Wir zweifeln nicht, daß sie ihre Sache zum Siege führen werden.“

Es ist bereits mitgeteilt worden, daß auf den neuerschaffenen Posten eines Reichskunstwart in Reichsministerium des Innern Erwin Redlob berufen worden ist. Ueber diese Wahl kann man sich freuen. Als Museumsleiter in Erfurt ist Redlob einer der ersten Kunstgelehrten gewesen, die für die neue Kunst Verständnis zeigten. Man darf ihm mit vollem Vertrauen begegnen. Zu hoffen ist, daß wir durch ihn nicht nur zu geschmackvolleren Preismarken und Wandmalereien kommen, sondern auch zu besseren Bauten des Staates. Es ist ja das Aussehen unserer Preismarken usw. nicht eben das Wichtigste von der Welt. Wenn schließlich schon alle diese Dinge einwandfrei geformt werden... es ist damit allein nicht sehr viel erreicht, wenn sich nicht zugleich im Wesentlichen der öffentlichen Angelegenheiten das Bessere durchsetzt. Ich sehe in der Arbeit Redlobs eine Bedenklichkeit insofern, als sie leicht zu einem bloßen Redieren der Oberfläche werden kann, womit aus dem Reichskunstwart ein Reichsgeschmackswart würde. Soll das neue Amt mehr sein als eine Beratungsstelle und eine Fabrik für geschmackvollere Dekoration, soll sie wirklich künstlerisches Leben, so muß ihr ein maßgebender Einfluß auch eingeräumt werden auf das Wesen der Dinge, die sie gestalten soll. Vor allem aber scheint mir wichtig, daß Redlob seine Aufgabe nicht nur im Besonderen neuer Formen sucht, sondern ebenfalls im Beharren von unerträglich gewordenem alten. Die meisten Berliner Denkmäler sind ja leider für ihn unanreißbar, da sie „antiklastisch“ sind. Wer-

lein Schauer begegnete einem französischen Soldaten, der für unbillige Anträge mochte, auf sie eintrug und, als sie sich wehrte, ihr mit dem Seitengewehr mehrmals über den Kopf schlug. Damit nicht genug, noch er sie in bestialischer Weise in die Oberschenkel und den Unterleib, so daß die Eingeweide herausdrangen. Tags darauf ist sie ihren Verletzungen erlegen. Kurz vor ihrem Tode hat sie dem französischen Kommandanten v. Heimrich den Verzug erzählt. Dieser äußerte sein Bedauern und versprach strenge Bestrafung des Schuldigen. Gleichwohl hat der Vorsitzende der internationalen Waffenstillstandskommission in einer Note an die deutsche Waffenstillstandskommission auf Grund eines Berichtes des französischen Generals Gabelle seinerzeit die Begehung des Verbrechens auf das entscheidende in Rede gestellt.

Die Deutsche Regierung hat die französische Regierung nunmehr unter Vorlegung des vorhandenen Beweismaterials um vollständige Aufklärung der Angelegenheit ersucht mit dem nachdrücklichen Verlangen, daß die russische Not ihre Sühne findet und daß auch die Personen zur Rechenschaft gezogen werden, die versucht haben, die Untersuchung des Falles zu unterdrücken.

Es handelt sich, wie aus dem obigen Sachverhalt hervorgeht, um ein gemeinsames Verbrechen, das keine Sühne finden muß. Um so weniger wäre es zu verstehen, wenn von französischer Seite nicht alles unternommen würde, um die Angelegenheit vollständig aufzuklären und den Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Professor Nikolai über den Kampf der Ideen.

In einer von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufenen Versammlung, die im Werner-Siemens-Koalitions-Gymnasium in Schönberg am Donnerstagabend tagte, hielt Professor Nikolai, der bekannte Pazifist, einen Vortrag über das Thema „Bestimmung und Taktik im Kampf der Ideen“. Er führte aus, daß im allgemeinen von den Parteien Interessen und Ideale nicht vertreten werden. Es habe eine Glaubenslosigkeit dadurch Platz gegriffen, daß alle Ideale wie Pflanzgetriebe wurden. Es gebe aber noch große Dinge, die Massen begeistern könnten. Alle Kulturideen hätten sich in der Weltgeschichte nur mit den furchtbarsten Kämpfen durchgesetzt. Man dürfe sich durch blutige Geschehnisse, die Vergeltungsstände geistiger Kämpfe seien, nicht schrecken lassen. Die materialistische Geschichtsauffassung habe darin recht, daß man mit aller Begeisterung für Ideen nicht gegen den Gang der fortschreitenden Entwicklung angehen könne. Wir sehen aus der Geschichte, daß der Zusammenschluß der Menschen aus kleinen Gruppen heraus schließlich große Völker zusammenschufte. Diese Entwicklung werde weitergehen und schließlich die ganze Menschheit umfassen. Wir sehen, daß der Kampf um Ideen edel und notwendig ist. In der Geschichte glauben alle gewalttätig Vorgehenden an die Gerechtigkeit ihrer Sache. Schlechte Menschen seien die Terroristen jedweder Richtung im Grunde nicht. Die Gewalt habe zwar gesiegt; doch waren die Siege nie von Dauer. Überall habe sich die Freiheit alsbald gegen die Gewalt durchgesetzt. Auch die Lüge, der Mittelpunkt der Staatskunst, könne sich nicht behaupten. Neben der Wirkung der Gewalt nehme sich die reine Idee unsichtbar aus. Man beobachte dortwiegend „mitgehende Führer“, die immer nur das in Worte ließen, was die Massen reden. Diesen gehört die Zukunft nicht. Die Masse habe immer etwas Brutales. Der Pöbel der Gebildeten sei dabei zum Teil viel ärger als die Masse des niederen Volkes. Im Vordrängen habe die Masse oftmals den richtigen Instinkt und wirtsch. dahingehend. Die Zeit werde kommen, wo man sich nicht mehr um verschiedene Ideen willen die Köpfe einschlagen werde. Dann werde unser Volk wieder ein großes und glückliches Volk werden. Dem Vortrag folgte eine kurze Aussprache.

Die geistige Reaktion in Ungarn. Auf Grund der durchgeführten Disziplinarmessung verurteilte der Unterrichtsminister 18 Professoren und 13 Professorinnen wegen ihres Verhaltens während der Proletariatsdiktatur zum Verlust ihrer Stellungen.

Der Kommunistenführer Odly nicht erschossen. Wie der Militärkommandant für Leipzig mitteilt, ist die Meldung, daß der

die des Abbruchs harrenden Nationaldenkmäler Wilhelm I. und Bismarcks und, wenn ich nicht irre, auch die Figuren Friedrichs III. und seiner Frau sind reichs Kunstwerke. Es wäre ein schöner Beginn, sie hinwegzunehmen. Adolf Behne.

Kultur.

Schauplatz: Die Singalademie. Bis auf den letzten Platz ist der weite Raum gefüllt. In den Gängen und an den Türen stehen Schaulustige. Ein Aufgebot von Arminiusordenmitgliedern (wer erkennt sie nicht) ist im Saal verteilt. Warum? Soll eine Versammlung der Unabhängigen überredet werden? Oder soll ein anderer politischer Redner vor der Laut des Volkes geschrien werden? Nichts von alledem. Koissiliev, Alexander Roßfi, der in Hamburg von deutschnationalem Pöbel verhindert wurde, Goethe zu lesen. Dieser Pöbel ist auch hier vertreten, aber die Angst ist in seine Glieder gefahren, angesichts des starken Polizeiaufgebots. Und so kommt das ährige Publikum doch auf seine Rechnung. Stämmiger Beifall begrüßt den Künstler.

Roßfi liest. Schlicht und einfach. Ohne Pose. Anbacht malt sich auf den Gesichtern. In den Gängen stehen Schaulustige. Roßfi liest. Könnte er lesen, wenn sie nicht hier wären?

Darf ein Künstler nur Künstler sein? Nicht Mensch? Wäre er weniger Künstler, wenn er Kommunist wäre? Roßfi liest. Schaulustige schämen ihn. Kultur!

Schauplatz: Im Saal in irgendeinem Saal draußen. Dicht gedrängt sitzen Arbeiter mit ihren Frauen. Ein Künstler sitzt auf dem Podium und liest Goethe, Heine, Strindberg in hundert Sprachen. Was hängt anbackend am seinen Lippen, aller Herzen sind geöffnet.

Ist der Vortragende deutschnational? Ist er Konarist? Wer weiß es? Wer fragt danach? Nur die Kunst soll er dem Volke bringen. Kein Schumann braucht sich zu bemühen. Karl Schneider.

Der „Wassenschmied“ als nächste Volksoberstellung. „Amüsier dich!“ rief mir ein Genosse nach, dem ich auf dem Wege zum Opernhaus begegnete. Er meinte: erfreue dich! Der Teufel, der den Altstadtmenschen ins Theater drängt, ist das Freudensuchen in den Ruhestunden eines freudelosen Pflichtenlebens. Volksoberstellung, Neuschöpfung der Menschenform, sind die Geburtsstätten der Theaterkunst. Eine Aufführung, die das instinktive Bedürfnis der Massen befriedigt und zugleich schamlos überheblich eintritt

Romanistenführer Odly in Jallenstein im Voglande verhaftet und bei einem Fluchtversuch erschossen worden sei, unzutreffend.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Handelsreisenden im Einzelhandel.

Ueber den Stand der Verhandlungen betr. Gewährung von Teuerungszulagen berichtete Vollmeier in einer sehr gut besuchten Versammlung der Handelsreisenden am Donnerstag. Die Forderungen der Handelsreisenden sind dieselben wie im Textil-Großhandel, schwanken also je nach Alter und Art der Beschäftigung zwischen 10—12 % pro Woche, rückwirkend ab 1. 1. 20. In einer kürzlich stattgefundenen Verhandlung mit den Unternehmern wurde diesen diese Sätze unterbreitet. Ueber ihre Anerkennung soll eine Vollversammlung der Arbeitgeber beschließen. Am kommenden Montag werden mit den Unternehmern neue Verhandlungen stattfinden.

In der an den Bericht sich anschließenden regen Aussprache kam zum Ausdruck, daß an den Forderungen unbedingt festzuhalten sei.

Zu der am 28. und 29. 2. im Gewerkschaftsauss. stattfindenden Handelsreisenden-Konferenz, in der die Fragen Arbeitsgemeinschaft, Verweis- oder Industrie-Organisation erörtert werden sollen, werden Vollmeier und Tautenhausen delegiert.

Der am 31. 3. ablaufende Tarifvertrag soll nach Beschluß der Versammlung zum künftigen Termin gekündigt werden. Gleiche Lohnsätze für alle Handelsreisenden Verweis seien unbedingt durchzusetzen. In einzubehaltenden Verweis- und Vertrauensmänner-Versammlungen ist Material für die Tarifverhandlungen zu sammeln.

Groß-Berlin.

Die Grippe-Epidemie.

Die zunehmenden Erkrankungen an der Grippe und der vielfach bösartige Verlauf lassen Vorsicht sehr geraten erscheinen. In welcher Weise die Fälle an Grippeerkrankungen gestiegen sind, geht aus folgender Statistik der Allgemeinen Ortskrankenkasse hervor: Am 2. Februar waren unter den 1118 Neuerkrankungen 390 Grippefälle, am 3. Februar unter 1191 425, am 4. Februar unter 1211 429, am 5. Februar unter 1177 441, am 6. Februar unter 1050 473, am 7. Februar unter 1028 458, am 9. Februar unter 1220 527, am 10. Februar unter 1369 622 und am 11. Februar unter 1332 Neuerkrankungen 639 Grippefälle.

Tödlich sind in der Zeit vom 2. bis 11. Februar 44 Erkrankungen verlaufen.

Im städtischen Krankenhaus Moabit wurden in vergangener Woche 78 an Grippe erkrankte Personen eingeliefert, von denen zehn gestorben sind.

Zu den der Ortskrankenkasse gemeldeten Fällen kommen die zahllosen Erkrankungen aller der Personen, insbesondere der vielen im Haushalt Tätigen, die nicht versicherungspflichtig sind, hinzu. Denn noch alle anderen, die sich gar nicht erst krank melden, — weil sie meinen, die Sache wird bald wieder vorübergehen, und weil sie in ihrem Beruf nicht fehlen können und auch nicht wollen. Im „Berliner Tageblatt“ macht Herr Professor Glaser, dirigierender Arzt im Schöneberger Krankenhaus, folgende bemerkenswerte Ausführungen: Er sagt:

In der letzten Zeit hat sich die Zahl der Grippefälle wieder ungewöhnlich gehäuft, und besonders werden junge, kräftige Personen von dieser Krankheit befallen. Ich persönlich habe den Eindruck, daß eigenartige Sänglinge und Kinder von dieser Erkrankung relativ verschont bleiben. Die Krankheit würde in vielen Fällen nicht so bösartig auftreten, wenn die Erkrankten sich in den ersten Tagen des Leidens mehr schonen würden. Häufig

soll, muß vor allen Dingen Freude erwecken und, da der Massenmensch die höhere Freude des Genusses noch nicht kennt, muß das Werk eine erhebende Wirkung ausüben. Vorhings „Wasserschmied“ erfüllt neben einer sehr beschränkten Kostprobe von Opern besonders glücklich die Forderung und ist vorzüglich als Volksoberstellung geeignet, weil er nicht bloß edle, naive Kunstwerke ins Gemüt sprudelt, sondern gleichzeitig die Seele mit reinster, süßester Volksliedermelodie überflutet. Es ist sehr zu begrüßen, daß der ursprüngliche Vortrag-Schluß wieder an die Stelle der fünfzigjährigen Lieder-Bearbeitung von Schiller (unter der anstigen Despotie Höfen-Häselers) gesetzt worden ist. Schülke und Dorf als Gast von der Wiener Oper (Erdinger) und der Schwabebühne Krasa prägen ihre Rollen als treffende Charaktertypen. Otto Hrad entlockt dem Orchester und dem Ensemble Stimmung. K. J. W.

„Der letzte Walzer“, eine neue dreiflächtige Operette von Oscar Strauß, war gestern das Entzücken eines Publikums, das in blühender Reichthum das Berliner Theater wie zu einer pompösen Modenschau bis auf den letzten Platz füllte. Selbst von den in sorgloser Schwelgerei Verfallenen wurde die in der Laufende gehende verschwenderische Blumenfülle bewundert, die der freilich unvergleichlichen Fritz Raffarth gesendet wurde. In einer Operette, die sich teils in Spiel und Gesang sprühendes, funkelndes, auf keine geschlossene natürliche Können in vollendeter Reife schließt. Es ist stets ein Fest, diese Künstlerin auf der Bühne in ihrem Element zu sehen. Einen ferlosen Partner hatte sie in dem stimmlich schwachen Otto Storm, einen urkomischen in dem nun ganz ins Rollen geratenen Hans Wahmann. Die üppig ausgestattete und unter Leitung des Komponisten sehr gut eingeleitete Aufführung, der man keine Not der Zeit anmerkte, fand geradezu frenetischen Beifall. Oscar Strauß dirigierte und mußte viele Schloßwörter wiederholen. W.

Zur Propagierung der Großen Volksoberstellung, die in Verbindung mit der Volksbühne stehen wird, findet am Samstagabend 7 Uhr unter Mitwirkung von Frau Verrem-Rilisch und den Herren Giewing, Intendant v. Schillinga und Prof. Arthur Rilisch im Eplanade-Hotel ein Gesellschaftsabend statt. Am gleichen Abend erfolgt die Ausgabe der ersten Prospekt der Großen Volksoberstellung.

Der Romain-Rolland-Abend findet am Samstagabend, den 14. Februar, in der Philharmonie um 7 Uhr und nicht um 7 1/2 Uhr statt. Karten sind bei Bode u. Bode, Wertheim und an der Abendkasse erhältlich.

Wolff Aren, der Professor für deutsche Literaturgeschichte an der Universität Jülich, ist im Alter von 60 Jahren gestorben. Seine bedeutenden Arbeiten über Gotfried Keller und E. J. Weber haben ihm über literarische Kreise hinaus einen Namen verschafft.

Lebensmittelfaltenbet.

Banken. Vom Sonnabend, den 14. Februar 1930, ab werden...

Aus den Organisationen.

Bildungskommission Reinickendorf-West und Ost. Wir empfehlen...

Bereinstellender.

Deutscher Transportarbeiter-Berband, Sektion 5, Packer, Lager...

Freie sozialistische Jugend, Gruppe Ost. Achtung! Heute abend...

Freie sozialistische Jugend, Sektionbezirk Norden. Um Sonntag...

Die Wahlordnung mit Nachtrag zum Gesetz über Betriebsräte von S. Aufhäuser 50 Pfennig erscheint morgen! Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Ein Verursacher wird die Stadt Berlin einrichten. Die Beschlüsse...

Der Reichsfinanzminister braucht Geld. Dies geht aus der Mitteilung...

Bei der Wäsche erstickt und verbrannt ist die 24 Jahre alte Arbeiterfrau...

Einen grausigen Hund machten spielende Kinder gestern an der Kleinen...

Der 3. Lehrgang für Jugendpfleger und Jugendpflegerinnen der Arbeitsgemeinschaft...

Die Grippe ist eine Infektionskrankheit, die durch die Grippeviren...

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Abtlg. Buchhandel, Berlin C 2, Breite Str. 8-9. Das Gesetz über Betriebsräte.

Spezial-Arzt Dr. med. Grätering. Invalidenstraße 35. Pfl. Chausseestraße 11-12.

Kaufphonographen-Walzen. Jeder Posten zu guten Preisen. Willy Seyditz.

Messing 12,00 M. Kupfer 20,30 M. Rotgull 17,00 M. Blei 7,20 M. Zink 6,70 M.

Kupfer Messing Quecksilber Platin Goldbruch Silberbruch.

„Cohn“ 1) Brunnenstraße 11. 2) Fennstr. 48. 3) Bahnhofstr. 2.

Messing! Kupfer, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle.

Kupfer das kg 14.-M. Messing „ 7.- „ Rotgull „ 10.- „

Blei! Zinn! Weißmetall! alle Sorten, jede Menge.

Botenfrauen stellt ein: Spedition: Döring, W 5, Stalmetzstraße 23. Stimming, Lichtenberg, Oderstr. 4.

Charlottenburg Botenfrauen werden sofort eingestellt. Lorenz, Wallstraße 68.

Botenfrauen Karbidlampen, Karbid, Brenner, Ersatzteile.

KLEINE ANZEIGEN

Verkaufe So lange Vorrat reicht! Ulster, braunes, 180 M., Anzüge 200, Staffler Str. 117.

Gardinen aller Art, Klistergardinen in großer Auswahl, sowie Stores, Bettdecken.

Wohnungseinrichtung! Vollständige Stube und Küche 1200 M., helles Schlafzimmer.

Goldbruch und Silberbruch, Uhren, Verarbeiten, Kauf höchstzahlend.

Altmetalle sieht höchste Preise nur Schlosserei Eberystraße 45.

Schiffwerke, Rohware, Felle jeder Art, Kauf Möbelgeschicht.

Spiralbohrer, Felles, Reibahlen, Gewindebohrer, Naturstahl.

Verschiedenes Rechtsrat! v. Harig, Borststr. 11.

Feinste Maßanzüge, Sommer-Covercoat verkauft preiswert.

Gardinenverkauf, Fenster 30 Mark, Tischdecken, Stores, Madrugardinen.

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen.

Metalle bedeutende Preisermäßigung! Platin, Goldbruch, Silberbruch.

Schneidrennstahl, Spiralbohrer, Kauf bis 70% Aufschlag.

Fahrräder gebrauchte, Riessenswähe, Fahrradmädel, Luftschlauch.

Spiralbohrer, Schmirgelstein, Gewindebohrer, Naturstahl.

Aussichtreicher Bauruf zu erlangen durch Erlaubung techn. Zeichnung.

Chaiselongue, Chaiselongue 90,00, mit Bettbehälter.

Gartenmöbel! Nach besonderer Inventar empfehlen wir Gartenmöbel.

Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen.

Metallschmelze Kupfer, Messing, Zinn, Zehngelbte, Platin, Goldbruch.

Widerstandsdraht, Olmmer und Messingblechabfälle.

Spiralbohrer und Metalle, Kauf laufend Schlosserei.

Spiralbohrer, Felles, Gewindebohrer, Naturstahl.

Akkumulatoren, Karbid, Karbidlampen, Lammensäure.

Chaiselongue! Solas, Gute Stoffbezüge, Friedenware.

Möbel Schlafzimmer, Speisezimmer, Küche, Ankleidestrank.

Kaufgesuche Goldbruch u. Silberbruch, Platin, Kupfer, Messing.

Metallschmelze Marienplatz, 7a (am Heinrichplatz).

Schellack, Leim, Terpentin, Lithoone, Kauf Gebirder.

Spiralbohrer, Felles, Gewindebohrer, Naturstahl.

Spiralbohrer, Felles, Gewindebohrer, Naturstahl.

Unterricht Richtig deutsch sprechen, schreiben, lesen.

Leihhaus Rosenthaler Tor, Leihhaus Rosenthaler Tor, Leihhaus Rosenthaler Tor.

Chaiselongue! Solas, Gute Stoffbezüge, Friedenware.

Kaufgesuche Goldbruch u. Silberbruch, Platin, Kupfer, Messing.

Metallschmelze Marienplatz, 7a (am Heinrichplatz).

Schellack, Leim, Terpentin, Lithoone, Kauf Gebirder.

Spiralbohrer, Felles, Gewindebohrer, Naturstahl.

Spiralbohrer, Felles, Gewindebohrer, Naturstahl.

Tiermarkt Mähner, Kanichen, verk. Landbergerstraße 11.

Leihhaus Rosenthaler Tor, Leihhaus Rosenthaler Tor, Leihhaus Rosenthaler Tor.

Chaiselongue! Solas, Gute Stoffbezüge, Friedenware.

Kaufgesuche Goldbruch u. Silberbruch, Platin, Kupfer, Messing.

Metallschmelze Marienplatz, 7a (am Heinrichplatz).

Schellack, Leim, Terpentin, Lithoone, Kauf Gebirder.

Spiralbohrer, Felles, Gewindebohrer, Naturstahl.

Spiralbohrer, Felles, Gewindebohrer, Naturstahl.

Tiermarkt Mähner, Kanichen, verk. Landbergerstraße 11.